

HORST PÖTTKER

Das Fernsehen und die Krise der Parteien

Inhaltsanalysen als Beiträge zur politischen Soziologie

Die quantitative Inhaltsanalyse steht in einem schlechten Ruf; auch kompetente Kritiker behaupten, die Resultate, welche mit diesem Verfahren der empirischen Sozialforschung hervorgebracht worden sind, seien verglichen mit dem methodologischen Wesen, das von ihm gemacht wird, dürftig. Das emsige Codieren, Zählen und Rechnen habe sich nicht gelohnt, der empirisch-analytische Berg, der da kreißte, habe allenfalls Ergebnis-Mäuse geboren.¹

An dem Urteil ist soviel richtig, daß die methodologische Literatur über dieses Thema, zu dem bis Mitte der sechziger Jahre in deutscher Sprache so gut wie nichts vorlag, mittlerweile enorm angeschwollen ist. Das jüngste umfangreiche Buch zur Inhaltsanalyse ist 1983 erschienen.² Diese methodologischen Arbeiten nehmen aufeinander Bezug, es gibt so etwas wie eine Forschungstradition. Den noch zahlreicheren Inhaltsanalysen selbst, die im gleichen Zeitraum über westdeutsche Massenmedien entstanden sind, fehlt aber solcher Zusammenhang. Ihre Ergebnisse stehen bisher ziemlich unverbunden nebeneinander, es gibt keinen Überblick über den Forschungsstand, geschweige denn theoretische Folgerungen daraus.

Hingegen ist es ein Vorurteil, interessante und verallgemeinerungsfähige Ergebnisse würden gar nicht existieren. Wer das behauptet, hat sich nicht die Mühe gemacht, das vorhandene Material tatsächlich in Augenschein zu nehmen. Eine Reihe von Inhaltsanalysen hat aus gesellschaftstheoretischer oder -politischer Sicht durchaus beachtenswerte Resultate erbracht. Zur Entschuldigung des in Mode gekommenen Pauschalverdiktes über die quantitative Inhaltsanalyse muß man allerdings sagen, daß diese Untersuchungen sich der Tragweite ihrer eigenen Befunde nicht immer bewußt sind. Das ist besonders dort der Fall, wo Ergebnisse nicht in das Bild des theoretischen Vorverständnisses passen.

Die vorliegenden Inhaltsanalysen konzentrieren sich auf bestimmte Fragenkomplexe. Dazu gehören: das Bild der Frau in verschiedenen Massenmedien;³ die Berichterstattung über die Dritte Welt sowie das Bild der farbigen Völker im Kinder- und Jugendbuch;⁴ die mediale Wiedergabe regionalen und lokalen Geschehens;⁵ ideologische Momente der Fernsehunterhaltung und des Boulevardjournalismus;⁶ die Darstellung von Kriminalität;⁷ hinzu kommen themenübergreifende Studien etwa zu den journalistischen Selektionskriterien oder zum demokratischen Niveau von Medieninhalten.⁸ Auch die Thematik der folgenden Überlegungen gehört zu den gut untersuchten: das Bild der politischen Parteien im Fernsehen.⁹ Hier wie bei den anderen genannten Problemkomplexen ist es an der Zeit, die Erträge der Forschung zu sichten und eine vorläufige Bilanz zu ziehen.

Allerdings klaffen auch Lücken, deren Schließung gerade angesichts aktueller Probleme dringlich erscheint. Kaum untersucht ist z. B., welches Bild die Massenmedien von den »Gastarbeitern« entwerfen¹⁰, was im Zusammenhang mit der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit von Interesse wäre. Ebenfalls noch weitgehend unerforscht ist, welche Einstellungen und Verhaltensweisen Presse und Rundfunk hinsichtlich des Umweltschut-

zes, der Arbeitslosigkeit oder der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie in der Bevölkerung fördern.¹¹ Angesichts der wieder zunehmenden Beliebtheit des Hörfunks als Unterhaltungs- und Informationsquelle während der Arbeit ist weiterhin als Defizit anzusehen, daß die heute üblichen Hörfunkprogramme bisher nur wenig analysiert worden sind.¹²

Die hier wiedergegebenen Eindrücke von Schwerpunkten und Lücken der inhaltsanalytischen Forschung erheben nicht den Anspruch, systematisch oder gar vollständig zu sein. Dazu bedürfte es einer Auswertung aller einschlägigen empirischen Arbeiten in den Kategorie-Dimensionen »untersuchtes Medium«, »thematischer Ausschnitt des medialen Angebotes«, »theoretischer Hintergrund der Fragestellung« usw. Eine solche *Inhaltsanalyse von Inhaltsanalysen* würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen.

Im Themenbereich »Fernsehen und politische Parteien« sind zwei Forschungsperspektiven zu erkennen, die sich grundlegend unterscheiden, auch wenn man aus beiden vorwiegend Material aus Wahlkampfjahren untersucht hat. Die eine stellt die Frage in den Mittelpunkt, ob das Fernsehen bestimmte Bundestagsparteien begünstigt, indem es ihnen mehr oder eine bessere Publizität verschafft als anderen. In diesem Zusammenhang ist vor allem die von Kepplinger und Noelle-Neumann vertretene These einer Linkslastigkeit¹³ diskutiert worden, deren empirische Solidität verschiedene Wissenschaftler bezweifelt haben.¹⁴ Im folgenden will ich die Ergebnisse des anderen Ansatzes durchleuchten, der die Frage ins Zentrum rückt, ob es den etablierten Parteien insgesamt gelingt, das öffentlich-rechtliche Fernsehen, in dessen Aufsichtsgremien sie maßgeblich vertreten sind, für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Mit diesem Problemkomplex haben sich vor allem Walter Ruhland und eine Autorengruppe um Heribert Schatz beschäftigt; Ruhland hat die innenpolitischen Fernsehmagazine des Wahljahres 1976 untersucht, Schatz und Mitarbeiter die Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF im Frühjahr 1977.¹⁵

ZUR THEORETISCHEN GRUNDLAGE DER STEUERUNGSTHESE

Dem normativen Hintergrund dieser Arbeiten zuzustimmen fällt nicht schwer. Sie gehen letztlich von den Ansprüchen aus, die die Regierten gegenüber den Politikern und den Massenmedien haben. Wenn im Interesse einer breiten Bevölkerungsmehrheit regiert werden soll und wenn man realistischerweise annimmt, daß die Regierenden aufgrund ihrer Machtposition aus dieser breiten Mehrheit herausgehoben sind und besondere, nicht verallgemeinerungsfähige Interessen haben, kommt es auf eine wirksame Kontrolle der Herrschaftselite von unten an. Die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates: Gewaltenteilung, gleiche und geheime Wahlen, Budgetrecht des Parlaments usw., ermöglichen diese Kontrolle formal. Soll sie wirklich funktionieren, setzt das auf der Seite der Regierten auch noch Informiertheit sowie Kritik- und Teilnahmebereitschaft voraus.¹⁶ Dies sind die konstituierenden Elemente einer Öffentlichkeit, die den Staat an das Allgemeinwohl bindet. Sie ist in einer hochkomplexen Industriegesellschaft, in der die unmittelbare Erfahrung des einzelnen nur sehr kurz greift, ohne Massenmedien nicht herzustellen. Nur wenn die sozialen Probleme rechtzeitig bekannt gemacht werden, die eine in hohem Tempo sich wandelnde Gesellschaft zu verarbeiten hat, und nur wenn der Herrschaftselite gegenüber aktives Mißtrauen verbreitet ist, kann Demokratie gelingen. Deshalb gehört die Pressefreiheit zu jeder demokratischen Verfassung und die Sorge, daß die Presse ihre Funktion als recherchierende und kritisierende »vierte Gewalt« auch

tatsächlich erfüllt, zu den normativen Standards der politischen Soziologie;¹⁷ das gleiche bezieht sich heute auch auf die elektronischen Massenmedien.

Solche Wertmaßstäbe stehen bei Ruhland und Schatz im Hintergrund; ihre Frage nach der Instrumentalisierung des Fernsehens unterscheidet sich im Grunde nur durch das umgekehrte Vorzeichen von der Frage nach der Erfüllung einer demokratischen Kritik- und Kontrollfunktion. Allerdings werden die normativen Gehalte des theoretischen Vorverständnisses nicht diskutiert. Bei Schatz und Mitarbeitern lassen erst die Formulierungen der Ergebniszusammenfassung explizit erkennen, daß die Autoren mit der von ihnen festgestellten »Dominanz des politisch-administrativen Systems über das Massenkommunikationssystem«¹⁸ nicht einverstanden sind. Auf der allerletzten Seite wird schließlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, »das Fernsehen möge den parteipolitischen Entartungen unseres demokratischen Systems nicht auch noch durch einen immer unverhohlener hervortretenden Byzantinismus der politischen Berichterstattung die Krone aufsetzen«.¹⁹ Im Widerspruch zu diesen Schlußbemerkungen spricht die Einleitung sogar abschätzig von einem »idealistischen Funktionskatalog des demokratisch-normativen Modells«.²⁰

Die Verschwommenheit des durchaus zustimmungswürdigen normativen Hintergrundes hat bei Ruhland und Schatz ähnliche Ursachen: In beiden Fällen wird er durch ein systemtheoretisches Denkschema überlagert. Das gegenwärtige Vorherrschen der Systemtheorie in der deutschsprachigen Sozialwissenschaft geht einerseits auf den bestimmenden Einfluß amerikanischer Vorbilder, vor allem Talcott Parsons', in der Nachkriegsphase, andererseits auf die Neuentdeckung des Marxismus infolge der Studentenbewegung zurück. Diese beiden Traditionen sind merkwürdige, aber keineswegs unlogische Verbindungen miteinander eingegangen, das zeigt z. B. die von Horst Holzer 1973 vorgelegte »Kommunikationssoziologie«²¹, die das Vordringen des systemtheoretischen Paradigmas auch in der Kommunikationswissenschaft beschleunigt hat.

Das Charakteristikum linker wie rechter Systemtheorie ist bekanntlich, gesellschaftliche Gebilde unter dem Aspekt ihrer Funktionalität (bzw. Dysfunktionalität) für die bestehende Sozialstruktur zu betrachten. Schatz geht z. B. davon aus, daß der Rundfunk als ein für politisch-administrative Steuerungsinteressen besonders zugängliches Massenmedium gegenwärtig zwei Funktionen hat: »1. die Funktion der Bedürfnisdisziplinierung/Anforderungsreduzierung im Rahmen einer kurzfristig wirkenden Demobilisierungs- und einer längerfristig wirkenden Sozialisationsfunktion; 2. die Funktion, symbolischen gegenüber kostenwirksamen Strategien zur Sicherung der notwendigen Massenloyalität zum Durchbruch zu verhelfen.«²²

Ob und zu welchen Zwecken das politisch-administrative System, hier konkret die etablierten Parteien, das System der Massenkommunikation, hier konkret die Fernsehnachrichten, dominiert und instrumentalisiert, wird also quasi nur als rhetorische Frage an den Anfang gestellt. Die von vornherein unterstellte Antwort lautet: Als untergeordnetes Element einer Hegemonialstruktur produziert das Fernsehen Systemloyalität, indem es seine Rezipienten vermittels symbolischer Ersatzbefriedigungen entpolitisiert. Der Autorengruppe ist dabei offensichtlich selbst nicht klar, ob dieser Gedanke axiomatische oder hypothetische Geltung haben soll. Widersprüche, an denen eine Veränderung der Gesellschaft durch ihre Mitglieder ansetzen könnte, werden bei solchem Vorgehen zwar nicht ausdrücklich ausgeschlossen, aber in der Praxis gern übersehen oder funktional mißdeutet.

Auch marxistisch orientierte Ansätze in der Massenkommunikationsforschung haben in der Regel einen funktionalistischen Einschlag. Die von Karl Marx geprägte Sentenz, derzufolge das ökonomische Sein das Bewußtsein bestimmt, stellt, zumal wenn die Möglichkeit von Widersprüchen zwischen ökonomischer Basis und kulturellem Überbau nicht berücksichtigt wird, die sich hinter dem Rücken der Redakteure durchsetzende Funktion der Medien heraus, das bestehende System zu stabilisieren: sei es als Stimulans der Warendistribution (Werbung), als entspannendes Hilfsmittel bei der Reproduktion verschlissener Arbeitskraft (Unterhaltung) oder als legitimierende Ideologie (politische Information).

Ruhland führt zwar keine Schrift von Marx in seinem Literaturverzeichnis auf, aber er stützt sich auf Arbeiten Holzers und andere marxistische Sekundärliteratur zur Massenkommunikation, in der sich ein mechanistisches Verständnis des Basis-Überbau-Gedankens durchgesetzt hat. Daß der Text Ruhlands mit den Residuen eines linken Funktionalismus durchsetzt ist, dessen Berechtigung, sich auf Marx zu berufen, ich hier nicht untersuchen will, wird besonders in seinem Anfangskapitel mit dem Titel »Funktionen der Massenkommunikation und der Parteien unter den Bedingungen einer hergestellten Öffentlichkeit«²³ deutlich. Dort heißt es kurz und bündig von den Massenmedien: »Sie sind sowohl Informations- und Meinungsträger als auch Werbeträger . . . Diese Verflechtung bedeutet, daß die Massenmedien nicht mehr im Dienste einer öffentlichen Meinung als einer kritischen Instanz stehen können.«²⁴ Indem Ruhland das gleich zu Beginn als Gesetzmäßigkeit feststellt, hat sich seine empirische Forschungsabsicht im Grunde erübrigt.

Schatz und seine Mitarbeiter haben gespürt, daß die normativen Ideen, die in ihrer und Ruhlands Untersuchung den *Entdeckungszusammenhang* bilden, und die systemtheoretische Perspektive, die ihnen als *Erklärungszusammenhang* dient und dabei die Frage nach der Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit des Fernsehens in die Gesetzmäßigkeit seiner Instrumentalisierung durch die Herrschaftselite verwandelt, schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Das kommt z. B. in einer Formulierung zum Ausdruck, die sich auf die Herleitung und theoretische Verortung ihrer Problemstellung bezieht: »Hierfür kommen in einem ersten Schritt – vor allem wegen der Kompatibilität mit unserem Modell – systemtheoretische Ansätze in Frage, die die zu behandelnden Probleme frei von demokratisch-normativen Wunschbildern theoretisieren. In diesem Zusammenhang ist auf Luhmann zu verweisen . . .«²⁵

Systemtheorie und normative Demokratietheorie stehen sich jedoch nicht wie lebenserfahrener Realismus und naiver Idealismus gegenüber. Die Divergenz dieser Theorieansätze liegt vielmehr darin, daß sie den Akzent auf zwei unterschiedliche Eigenschaften legen, die die Realität Gesellschaft immer beide hat. Während die Systemtheorie mit der Funktionalität sozialer Gebilde letztlich betont, daß Menschen sie sich zu eigen machen und z. B. Werte und Normen internalisieren, heben normative Handlungstheorien den Aspekt der Externalisierung²⁶ hervor, die Eigenschaft der sozialen Gebilde also, das Werk der an ihnen beteiligten Menschen zu sein, die deshalb ihre gesellschaftlichen Verhältnisse verändern können. Normative Theorien machen die Maßstäbe der Veränderungsbedürftigkeit bewußt, damit die Empirie sich ihrer als Werkzeuge der Realitätswahrnehmung bedienen kann. Auf diese Weise erweitern sie den Spielraum für Veränderungsmöglichkeiten und dienen einem ideologiekritischen Erkenntnisinteresse daran, daß Menschen sich

aus unbewußten zu selbstbewußten Subjekten der Verhältnisse wandeln, in denen sie leben.

Funktionalistische und normative Theoriebildung schließen sich nicht aus, ebensowenig wie Internalisierung und Externalisierung sich ausschließen, weil Gesellschaft beides gleichzeitig ist: anzueignende Faktizität und im Lichte besserer Möglichkeiten auszugestaltende Vorläufigkeit. Es ist also an sich nicht verkehrt, sondern im Interesse der Angemessenheit an eine komplizierte Sache sogar erstrebenswert, wenn, wie es bei Schatz und Ruhland der Fall ist, beide Theoriebildungsweisen in eine Untersuchung eingehen. Allerdings bleibt, und das ist die Schwäche nicht nur dieser beiden Arbeiten, das Verhältnis von normativen und systemtheoretischen Anteilen ungeklärt. Das Gemenge, zu dem sie sich zusammenschieben, war schon zu Zeiten Max Webers in der Sozialwissenschaft endemisch. Im Mittelpunkt der oft als »positivistisch« mißverstandenen Weberschen Metatheorie steht daher die Idee der Entwirrung, die aber keinem der beiden voneinander geschiedenen Teile seine Existenzberechtigung innerhalb der Wissenschaft nehmen will.²⁷ Auch in der inhaltsanalytischen Forschung, zu deren Initiatoren in Deutschland Weber gehört²⁸, sind in dieser Hinsicht bis heute offenbar keine großen Fortschritte erzielt worden.

Schatz und seine Mitarbeiter tun die normative Demokratietheorie, ohne die sie gar nicht auf ihre Fragestellung gekommen wären, zwischen den Zeilen als Idealismus und Weltfremdheit ab. Die Chancen des Fernsehens, seine Kritik- und Kontrollaufgaben zu erfüllen, werden aber sicher nicht dadurch erhöht, daß die Sozialwissenschaft und ihre Rezipienten diese Erwartung von vornherein fallen lassen. Eine explizite Fundierung des Verhältnisses von Normativität und Systemtheorie hätte dazu führen können, aufgrund der mittels funktionalistischer Theorieanteile zustande gekommenen Befunde die Grenzen zu bestimmen, mit denen die Absicht, das »System« in Richtung demokratietheoretischer Postulate zu verändern, vorläufig zu rechnen hat. Dabei würde die Möglichkeit emanzipativen Fortschritts wissenschaftlich untersucht und gefördert, nicht – wie am Ende bei Schatz – einer hilflosen Hoffnung anheimgestellt.

EMPIRISCHE BELEGE FÜR DIE STEUERUNGSTHESE

Wie aufgrund der vorausgesetzten Systemzwänge nicht anders zu erwarten, kommen sowohl Ruhland als auch Schatz zu dem Ergebnis, das Fernsehen werde durch die Herrschaftselite (in Gestalt der Führungsspitzen der etablierten politischen Parteien) tatsächlich dominiert und instrumentalisiert, so daß es seine Aufgaben als demokratische Kritik- und Kontrollinstanz nicht erfüllen kann. Ruhland bringt dafür folgende Belege:

○ In fast drei Vierteln der untersuchten Magazinbeiträge (74 v. H.) kommen die Parteien vor, in über der Hälfte (55 v. H.) nehmen sie erheblichen Raum ein, in über einem Drittel (38 v. H.) stehen sie im Zentrum des berichteten Geschehens.²⁹

○ Wenn die innenpolitischen Magazine sich mit den Parteien beschäftigen, was ja häufig geschieht, dann ganz überwiegend mit deren Bundesebene (76 v. H.), während Arbeitsgemeinschaften, Jugendorganisationen, Kreis-, Orts- oder Stadtteilverbände sowie einzelne Mitglieder viel seltener zum Gegenstand der Berichterstattung werden (insgesamt 20 v. H.).³⁰

○ Beiträge der Magazine, die sich mit den Parteien beschäftigen, konzentrieren sich auf wenige Spitzenpolitiker. 1976 waren das im wesentlichen nur vier: »Strauß (252 Nennun-

gen), Schmidt (227), Kohl (169) und Brandt (113). Es schließen sich, allerdings bereits mit beträchtlichem Abstand, die Politiker Biedenkopf (87), Dregger (44), Koschnick (40) und Albrecht (39) an.³¹

○ Im Rahmen der Konzentration auf die etablierten politischen Parteien haben die Regierungsparteien nicht nur beim Wähler, sondern auch bei der Berichterstattung im Fernsehen noch einen Sonderbonus. 1976 traten in den innenpolitischen Magazinen die Parteien der damaligen sozial-liberalen Regierungskoalition in 51 v. H. der in Frage kommenden Fälle als Handlungsträger auf, die Parteien der damaligen Opposition nur in 42 v. H.³²

○ »Die innenpolitischen Magazine unterliegen in ihrer Themenauswahl in starkem Maße dem Rhythmus parlamentarischer Arbeits- und Verfahrensweise.«³³ Insbesondere weist Ruhlands Inhaltsanalyse eine Synchronisation zwischen den Wahlkampfaktivitäten der Parteien und der Berichterstattung der innenpolitischen Magazine nach: In der parlamentarischen Sommerpause, als der Wahlkampf abflaute, sank auch der Anteil parteibezogener Beiträge nahezu auf Null, kurz darauf schnellte er während der »heißen Phase« des Wahlkampfes in extreme Höhe, um nach der Wahl im Oktober 1976 wieder auf seinen Durchschnittswert zu sinken.³⁴

○ In der Berichterstattung der Magazine werden häufig Schlagworte wie »Freiheit«, »politische Mitte«, »liberal« usw. benutzt, die die Parteien als Parolen im Wahlkampf verwenden. Den Politikern gelingt es also, im Fernsehen ihre eigenen Sprachregelungen zu etablieren. Daß diese Wendungen tatsächlich überwiegend im Sinne der Wahlkampfstrategien der Parteien gebraucht werden, geht z. B. aus einer hohen Korrelation zwischen der Kategorie »Parteibezogenheit« und dem Ausdruck »Freiheit« hervor. »Solange sich die Magazine politischen Sprachregelungen unreflektiert anpassen, droht die Gefahr, daß sie (ungewollt) zu Mitakteuren von Kampagnen werden und damit ihre Aufgabe, kritisch aufzuklären, nicht erfüllen können.«³⁵

Einige Befunde beziehen sich nicht auf das Bild der Parteien selbst, sondern auf die gesellschaftlichen Konflikte, an deren Bewältigung sich die Kompetenz der Politiker zu erweisen hätte. Dazu stellt Ruhland fest, in den Magazinen seien die drängendsten sozialen Probleme jedenfalls in den Sendungen des Wahljahres 1976 entweder nur selten (Umweltzerstörung)³⁶ oder nur oberflächlich (Arbeitslosigkeit)³⁷ behandelt worden. Auch daraus könnte man den Schluß ziehen, die Parteien würden dem Wähler vom Fernsehen so präsentiert, wie sie ihm selbst erscheinen möchten.

Ruhland weist nur auf wenige Punkte hin, an denen sich die Grundthese seiner Untersuchung nicht bestätigt: für das von Franz Alt moderierte »Report«-Magazin des Südwestfunks trafen die eben aufgezählten Befunde nur in abgeschwächter Form zu, was auf eine größere Unabhängigkeit dieser Sendung von den Parteien schließen läßt;³⁸ in »Monitor« und »Panorama« wurden die Begriffsstrategien der Parteien in ihrem »semantischen Krieg« (»Freiheit oder Sozialismus« bei der Union versus »Freiheit durch Sozialismus« bei der SPD) explizit analysiert³⁹; und »die quantitative Vorrangstellung von SPD und FDP« ergab sich »fast ausschließlich aus der Kritik an der Regierungstätigkeit dieser Parteien«⁴⁰, was sich immerhin als Indiz dafür deuten läßt, daß das Fernsehen seine Kritik- und Kontrollaufgaben doch in gewissem Umfang wahrnimmt.

Schatz und Mitarbeiter bringen ganz ähnliche Belege für die Instrumentalisierungsthese bei wie Ruhland:

○ Auch in den Nachrichtensendungen entfallen »namhafte Anteile der Nennungen von Personen und Institutionen . . . auf die politischen Parteien.«⁴¹

○ Das Regierungslager hat »rein quantitativ deutlich größere Publikationschancen«⁴², was nach einer früheren Untersuchung von Schatz auch zur Zeit der Großen Koalition schon der Fall war, also kaum etwas mit linksliberalen Parteipräferenzen der Fernsehjournalisten zu tun haben kann.⁴³

○ Es zeigt sich, »daß die Funktionsebenen des politisch-administrativen Systems in den Fernsehnachrichten ganz überwiegend in aktiven Rollen in Erscheinung treten . . .«⁴⁴

○ Der Prozeß politischer Willensbildung und Entscheidung wird in den TV-Nachrichten »ganz überwiegend durch . . . die Problembearbeitung im engsten Rahmen von Regierung, Koalitionsparteien und Ministerialverwaltung repräsentiert . . .«⁴⁵

○ » . . . Mehr als die Hälfte aller Ereignisse, über die die Fernsehnachrichten berichten, sind . . . »künstliche« Ereignisse – vom politisch-administrativen System voll oder zumindest teilweise bezüglich ihrer Inhalte, ihres Zeitpunkts und ihres Verlaufs gesteuert und mehr oder weniger publikumswirksam in Szene gesetzt.«⁴⁶

○ Der Grad der »Personalisierung« ist beim Sachgebiet Politik im Vergleich zu anderen Themenbereichen wie Wirtschaft, Unglücksfälle und sogar Sport am höchsten, hier findet sich z. B. der größte Anteil von Meldungen, in denen eine Person allein oder dominant auftritt.⁴⁷

Auch Schatz und Mitarbeiter machen nur zaghafte Andeutungen, daß einige Resultate ihrer Inhaltsanalyse vielleicht doch nicht ganz ins Bild »einer vom politisch-administrativen System instrumentalisierten Berichterstattung passen«.⁴⁸ Sie weisen in diesem Zusammenhang auf formale Merkmale der Fernsehberichterstattung⁴⁹ sowie auf gewisse Unterschiede zwischen »Tagesschau« und »heute« hin, die darauf schließen lassen, daß die ARD etwas stärker als das ZDF um Unabhängigkeit vom politisch-administrativen System bemüht ist, in dessen Machtzentrum die Führungsspitzen der etablierten Parteien stehen. Z. B. war im Untersuchungszeitraum der Anteil der »voll steuerbaren« Berichtereignisse (Staatsbesuche, Kabinettsitzungen usw.) in den ZDF-Nachrichten etwas höher als in den ARD-Nachrichten (23,6 v. H. gegenüber 21,2 v. H.).⁵⁰

WIE KONNTE ES ZUR PARTEIENVERDROSSENHEIT KOMMEN?

Trotz der beeindruckenden empirischen Befunde, die die Instrumentalisierungsthese stützen, hat sie für den auch nur halbwegs über das politische Zeitgeschehen Informierten etwas Unbefriedigendes. Sie bietet nämlich keine Erklärung dafür an, daß sich in der Bevölkerung Verdrossenheit über die etablierten Parteien bemerkbar macht, woran spätestens seit dem Einzug der »Grünen« in den Deutschen Bundestag kein Zweifel mehr bestehen kann. Unmittelbare Erfahrung mit den politischen Institutionen haben nur wenige; das allermeiste, was in der Bevölkerung über die Parteien bekannt ist, stammt direkt oder interpersonal vermittelt aus den Massenmedien, insbesondere dem für die überregionale politische Information attraktivsten Medium Fernsehen.⁵¹ Weshalb also traut vor allem ein erheblicher Teil der Jugend⁵² den Politikern der etablierten Parteien weder Kompetenz noch guten Willen zu, wenn das Fernsehen über diese Politiker tatsächlich so berichtete, wie sie selbst gern dargestellt sein wollen?

Eine Erklärung könnte sein: Die Parteienverdrossenheit ist nicht wegen, sondern *trotz* des Bildes der Parteien im Fernsehen, sozusagen an ihm vorbei, entstanden.⁵³ Die